

## **Voten von Christoph Spiess (SD) in der Budget-Debatte vom 14., 16. und 17. Dezember 2011**

*(Sinngemässe Zusammenfassungen frei gehaltener Voten)*

### **Information der Bevölkerung über das Gemeindereferendum der Stadt Zürich gegen die vom Kantonsrat beschlossene Unternehmenssteuer-Revision**

Wir Schweizer Demokraten haben das Referendum gegen die weitgehende Abschaffung der Unternehmenssteuern unterstützt. Die Stadt Zürich ist davon besonders betroffen, weil sie weitaus die meisten Firmen beherbergt. Die Gegenseite wird im Abstimmungskampf die ganze "Artillerie der Kassenschränke" auffahren, um die Revision durchzuboxen, denn es geht hier um viel privaten Profit. Trotz grundsätzlichen Bedenken gegen die Finanzierung von Abstimmungskampagnen stimmen wir deshalb dem Antrag der Kommissionsmehrheit zu.

(Dieser wurde leider mit 61 zu 63 Stimmen abgelehnt)

### **Zum Postulat der AL-Fraktion: Ausschöpfung des allenfalls nicht benötigten Kredits für den Teuerungsausgleich mit einer Reallohnerhöhung für das städtische Personal**

Vorredner haben von "fürstlichen Löhnen" im öffentlichen Dienst gesprochen. Es ist ja so einfach, den Neid gegenüber den angeblich verwöhnten Beamten zu schüren. Bei deren Löhnen kann Krethi und Plethi mitreden. In der Privatwirtschaft herrscht keinerlei Lohntransparenz – dort wird wirklich kräftig zugelangt! Seit vielen Jahren ist der öffentliche Dienst mit den Löhnen in Rückstand geraten, wenn auch bei der Stadt etwas weniger als bei den noch mehr vom Geiz regierten Kanton. Vor allem im Kaderbereich ist die Verwaltung auf dem Arbeitsmarkt schon längst nicht mehr konkurrenzfähig. Da ist eine Lohnerhöhung sehr wohl am Platz. Nutzen wir die Chance, die sich daraus ergibt, dass die Teuerung (wenigstens die offizielle) gegen null tendiert. Im übrigen ist ja ohnehin ein Witz, dass es keine Teuerung geben soll. Allein schon die in keinem Index berücksichtigte enorme Teuerung auf den Krankenkassenprämien frisst die hier vorgeschlagene kleine Lohnerhöhung auf! Wenn vorhin gefordert wurde, dass sich die Gewerkschaften gefälligst mit Lohnforderungen mässigen sollten, ist das völlig daneben. Eine Gewerkschaft ist dazu da, sich kämpferisch für die Arbeitnehmer einzusetzen. Sie soll nicht ein Kuscheltierchen des Arbeitgebers sein.

(Leider wurde auch dieses Postulat mit 61 gegen 63 Stimmen abgelehnt).

## **Antrag der Schweizer Demokraten: Verzicht auf Buchgewinne aus Verkäufen von sogenanntem "Bauland" ausserhalb der Stadtgrenzen**

Mit dem Verkauf von sogenanntem "Bauland" kann die finanzielle Lage der Stadt nicht nachhaltig verbessert werden. Da wird nur mit dem Verschern von "Eingemachtem" ein Einmaleffekt erzielt. Dafür erreichen wir, dass das politische Gewicht der Stadt Zürich innerhalb des Kantons noch mehr geschwächt wird und man uns Städter noch mehr anfeinden kann. Die Pendlerströme verstärken sich weiter. Der Begriff "Bauland" sollte ohnehin aus dem politischen Vokabular verschwinden. Wir haben schon längst nicht mehr genug Boden, um die stark gewachsene Bevölkerung zu ernähren. Da ist jeder neu überbaute Quadratmeter Boden ein Verbrechen an künftigen Generationen! Dass jetzt schon gewisse Länder – was überhaupt nicht fair ist – in der Dritten Welt Landwirtschaftsboden zusammenkaufen, sollte uns hellhörig machen. Diese Länder wollen die Ernährung ihrer Bevölkerung sichern. Wir hingegen zerstören immer noch mehr von unserer Lebensgrundlage, dem fruchtbaren, landwirtschaftlich nutzbaren Land, und leisten mit der ganzen Bauerei gleichzeitig auch noch der Übervölkerung des Landes Vorschub. Wir wissen natürlich, dass wir via Budgetbeschluss den Stadtrat nicht am Abschluss weiterer Landverkäufe hindern können, aber das Parlament sollte hier ein Zeichen setzen. Wir beantragen deshalb, die Buchgewinne aus "Bauland"-Verkäufen mit null Franken zu budgetieren.

(Selbstverständlich hatten wir mit diesem wichtigen Anliegen keine Chance).

## **Zum Postulat von SP und CVP betreffend Verkauf des Grundstücks unterhalb des Rest. "Bürgli" in Wollishofen an einen gemeinnützigen Wohnbauträger statt an den Meistbietenden**

Unterhalb des Rest. "Bürgli" befindet sich seeseitig eine Wiese. Wenn diese unbedingt überbaut werden muss, wären wir Schweizer Demokraten selbstverständlich (wie auch sonst immer) dafür, dass dort der Non-Profit-Wohnungsbau zum Zug kommt. Wir lehnen aber das vorliegende Postulat ab, weil wir grundsätzlich dagegen sind, dass jede in unserer Stadt noch vorhandene Wiese verbetoniert wird. Auch verliert das Restaurant im städti-

schen Besitz an Attraktivität und Wert, wenn man auf der Seeseite einen Klotz davorstellt. Lassen wir doch diese Wiese einfach eine Wiese bleiben, sie dient so der Lebensqualität im Quartier mehr als ein zusätzlicher Wohnblock.

### **Antrag der Schweizer Demokraten auf Erhöhung der Berghilfe**

Wir beantragen Ihnen, den Kredit für Beiträge an Projekte von Berggemeinden von Fr. 500'000.– auf 3,5 Millionen Franken zu erhöhen. Aufgrund der vorliegenden Kommissionsanträge ist absehbar, dass Kredit für Entwicklungshilfe in der Dritten Welt genau so erhöht wird. Da gehört es sich wirklich, dass wir unsere Miteidgenossen in kleinen Berggemeinden wenigstens gleichstellen!

(Die grosse Mehrheit des Rates sah das leider anders – soviel zum Thema "Eidgenössische Solidarität"!)

### **Zum AL-Postulat für den Verkauf von Land im Glattpark (ehemals Oberhauserriet) unter Verpflichtung zum Bau eines Anteils an günstigen Wohnungen**

Der Sprecher der AL hat vorhin die Glattalstadt als einen "wachsenden Organismus" bezeichnet. Das ist ein Hohn! Man sollte mal Berliner fragen, ob sie die Plattensiedlungen in Berlin-Marzahn als solchen Organismus betrachten, oder ob das nicht eher Ghettos sind. Leider ist die Landschaftszerstörung im Glattal schon heute total. Im Oberhauserriet ist nichts mehr zu retten. Man kann nur hoffen, dass die Armee den Flugplatz Dübendorf nie freigibt, sonst wird auch diese grosse, weitgehend grün erhaltene Fläche schon bald zerstört. Wir stimmen dem AL-Postulat zu. Wenn schon gebaut werden muss, dann wenigstens so, dass sich dort auch ein Normalbürger noch eine Wohnung leisten kann. Das Argument, dass damit eine Gemeinde mit niedrigem Steuerfuss (die Stadt Opfikon) subventioniert wird, ist verfehlt. Wenn unsere Zürcher Bevölkerung sich dort niederlässt, steigen bald auch im Opfikongo die Steuern an ...

(Das Postulat wurde mit 65 gegen 57 Stimmen gutgeheissen).

## **Zu den Postulaten von SP und AL betreffend eine "quartier- und sozialverträgliche Verdichtung"**

Die beiden Postulate sind an sich gut gemeint. Die Postulanten sehen, dass mit den vielen "Ersatzneubauten" unzählige günstige Wohnungen zerstört und durch mehr, aber viel teurere, für den Normalbürger nicht bezahlbare Wohnungen ersetzt werden. Das Problem ist aber, dass eine weitere Verdichtung in der schon überaus dicht bewohnten Stadt Zürich ganz grundsätzlich nicht "quartier- und sozialverträglich" sein kann. Mit der grassierenden Abbruchwelle wird das Quartierbild sehr nachteilig verändert. Man sieht überall nur noch an hoch aufragende, graue Betonwände. Und die angestammte Mieterschaft wird verdrängt. Wozu eigentlich mehr Wohnungen bauen? Wir alle brauchen nur eine Wohnung, aber diese sollte noch bezahlbar sein! Wir trampeln uns schon jetzt auf den Füßen herum. Noch mehr "Verdichtung", sprich Übervölkerung, brauchen wir gewiss nicht. Wir Schweizer Demokraten lehnen beide Postulate ab.

(Natürlich wurden diese dann trotzdem mit satten Mehrheiten angenommen ...)

## **Zu verschiedenen Kleinsubventionen des Sozialdepartements**

Wir bedauern, dass die Debatte zu diesen kleinen Subventionen nun gemeinsam geführt wird. Einigen können wir Schweizer Demokraten ohne weiteres zustimmen, so etwa Projekten für die Eingliederung von Arbeitslosen, zur Hilfe gegenüber Suchtkranken oder zur Förderung des Einstiegs benachteiligter Jugendlicher in die Erwerbswelt. Daneben gibt es aber einen Wildwuchs von Beratungsstellen. Unzählige Psychologen, Pädagogen, Soziologen, Therapeuten und andere -logen und -gogen verwalten irgendein Problemchen von Feministinnen oder Schwulen und beschäftigen vor allem sich selbst. Sie brauchen natürlich Supervisoren und sowieso regelmässig mehr Personal, das dann in der produktiven Wirtschaft fehlt, die ja ständig über den Mangel an Fachkräften klagt. So wird die sich selbst betreuende Betreuerindustrie immer grösser. Ein Drittweltfrauen-Infozentrum zum Beispiel brauchen wir gewiss nicht, denn die Drittweltfrauen gehören, wie schon ihr Name besagt, nicht nach Zürich, sondern in die Dritte Welt.

## Zum SP-Postulat betreffend mehr Stellen in der Schulsozialarbeit

Der von den Postulantinnen geltend gemachte Bedarf besteht tatsächlich. Wir haben hier ein Paradebeispiel dafür, wie so ein Bedarf künstlich gemacht wird, damit man dann z.B. noch mehr Sozialarbeiter anstellen kann. Vorliegend ist der Bedarf entstanden, weil man unsinnigerweise Kinder mit enormen Lernschwächen oder Verhaltensstörungen in die Regelklassen integriert hat. Nun reicht bekanntlich ein einziger Störenfried, um den Lernbetrieb in einer Klasse gründlich lahmzulegen. Die sogenannte "integrative Schulung" ist gescheitert. Statt nun jedem Lehrer noch Spezialbetreuer für "Störfälle" zur Seite zu stellen und noch mehr Sozialarbeiter zu beschäftigen, sollten wir ganz einfach diese "Integration" rückgängig machen und Sonderschüler wieder nach dem altbewährten System in Sonderschulen einteilen.

(Auch dieses Postulat wurde mit 74 zu 48 Stimmen angenommen. Die Aufblähung des "neupädagogischen" Betreuerapparats darf also fröhlich weitergehen).

## NEIN zum rasanten Ausbau der "ausserfamiliären" Kinderbetreuung

Für die SVP, die hier eine namhafte Kürzung beantragt, ist die Fremdbetreuung von Kindern in Krippen, Horten etc. vor allem ein finanzielles Problem. Wir Schweizer Demokraten sehen das anders. Geld ist an sich genug vorhanden. Wir orten hier aber ein grundsätzliches gesellschaftliches Problem. Zu meiner Schulzeit waren wir in unserer Klasse 32 Schüler – Welch einen Aufstand gäbe das heute, dabei sind alle gut herausgekommen! Nur drei oder vier von uns mussten in den Hort, weil das Einkommen des Vaters nicht ausreichte, um die Familie zu ernähren, und deshalb auch die Mutter zur Lohnarbeit gezwungen war. Diese Mitschüler kamen mit dem Wohnungsschlüssel und dem VBZ-Abonnement um den Hals zur Schule, und wir anderen hatten Mitleid mit ihnen. Sie durften nicht heim zum Mittagessen! **Kinder brauchen ihr Mami, nicht irgend eine Nanny.** Kinder haben heisst verzichten. Das tut jede Vogelmutter gegenüber ihren Jungen! Heute meinen viele, sie hätten ein Menschenrecht, sich ein teures Auto und Ferien auf den Malediven leisten zu können. Also grassiert das Doppelverdienertum auch in Gesellschaftsschichten, die darauf sonst gar nicht angewiesen wären. Man will den Fünfer (möglichst viel Konsum) und das Weggli (Kinder) und lässt sich das selbstverständlich unter dem Titel der "Gleichstellung der Frau" auch noch von der Allgemeinheit subventionieren! Dies geschieht auf dem Buckel der Kinder, die

nirgends stabile Betreuungsverhältnisse vorfinden. Am Morgen kurz das Mami, dann irgendwelche (meistens Teilzeit arbeitende) Kleinkindererzieherinnen, später in der Schule statt einer verantwortlichen Klassenlehrkraft zwei, drei "Jobsharing-Tanten". Da muss man sich nicht wundern, wenn der Bedarf an Schulpsychologen, Kinderpsychiatern etc. unaufhörlich wächst.